

# Antrag auf Zulassung zum Ausbildungsgang für die Laufbahn der Fachlehrerin/des Fachlehrers an Förderschulen

## Angaben zur Person

Familienname: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Geburtsname: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_

Familienstand: \_\_\_\_\_

Zahl der Kinder: \_\_\_\_\_

Konfession: \_\_\_\_\_

## Angaben zur Ausbildung

Schulabschluss: \_\_\_\_\_

Berufsausbildung (Abschlüsse): \_\_\_\_\_

Hauptberufliche Tätigkeit/en: \_\_\_\_\_

Gewünschter Ausbildungsbereich:

(Bereich:

- geistig behinderte Schüler/innen,
- körperlich behinderte Schüler/innen,
- pädagogische Frühförderung von sehgeschädigten Kindern oder
- pädagogische Frühförderung von hörgeschädigten Kindern)

# Übersicht über die Bewerbungsunterlagen

Name und Anschrift der Bewerberin/des Bewerbers

---

Folgende Unterlagen sind in der Reihenfolge der Aufzählung dieser Übersicht beigeheftet<sup>1</sup>

- 1. Antrag (Original und Durchschrift; Anlage 1a)
- 2. Ein Lichtbild (4 x 6) aus neuester Zeit mit Unterschrift und Anschrift auf der Rückseite
- 3. ein selbstverfasster, eigenhändig unterschriebener, ausformulierter, tabellarischer, lückenlos bis zum Bewerbungstermin reichender und mit Datum versehener Lebenslauf
- 4. eine beglaubigte Kopie meiner Geburtsurkunde
- 5. eine beglaubigte Kopie meiner Heiratsurkunde
- 6. Nachweis über Führung eines Doppelnamens
- 7. eine beglaubigte Kopie der Geburtsurkunde(n) meines Kindes/meiner Kinder; Zahl der Kinder:
- 8. eine beglaubigte Kopie des Abschlusszeugnisses über einen Schulabschluss nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 APO FLFS
- 9. eine beglaubigte Kopie des Zeugnisses über den erfolgreichen Abschluss der Fachschule für Sozialpädagogik oder über das Bestehen der Prüfung als Hand- werks-, Industrie- oder Hauswirtschaftsmeister/in
- 10. für Absolventinnen und Absolventen der Fachschule für Sozialpädagogik: Nachweis über eine für die Laufbahn gemäß § 60 LVO förderliche hauptberufliche Tätigkeit von mindestens einem Jahr und sechs Monaten
- 11. gegebenenfalls Antrag auf Anerkennung einer anderen Vorbildung und Prüfung nach § 2 Absatz 3 APO FLFS
- 12. Zeugnis(se) zum Antrag nach Nummer 11 in beglaubigter Kopie  
Zahl der beigelegten Zeugnisse:
- 13. beglaubigte Kopie der Bescheinigung über den abgeleisteten Grundwehrdienst oder Ersatzdienst.

1) Bewerberinnen und Bewerber, die als Pädagogische Unterrichtshilfe im Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen stehen, brauchen ihrer Bewerbung solche Unterlagen nicht beifügen, die bereits Inhalt ihrer Personalakte sind.

- 14. Bescheinigung(en) über eine frühere Beschäftigung im öffentlichen Dienst.  
Hierfür kommen Arbeitsbescheinigungen bzw. Verträge, in denen der Stundenumfang im Verhältnis zu einer Vollzeitstelle zwingend aufgeführt werden muss, in Betracht.  
Zahl der beigefügten Bescheinigungen: \_\_\_\_\_
- 15. Bescheinigung(en) über sonstige Beschäftigung.  
Hierfür kommen Arbeitsbescheinigungen bzw. Verträge, in denen der Stundenumfang im Verhältnis zu einer Vollzeitstelle zwingend aufgeführt werden muss, in Betracht.  
Zahl der beigefügten Bescheinigungen: \_\_\_\_\_
- 16. nicht formgebundener Antrag auf Verkürzung des Ausbildungsverhältnisses.

Mir ist bekannt,

dass die Zulassung zum Ausbildungsgang nur im Rahmen der verfügbaren Ausbildungsplätze möglich ist;

dass bei Erwerb der Befähigung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen

- kein Anspruch auf Einstellung/Ernennung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen im Beamtenverhältnis auf Probe besteht.
- eine Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe nach den beamtenrechtlichen Vorschriften grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 42. Lebensjahres zulässig ist, soweit keine berücksichtigungsfähigen Gründe für das Hinausschieben dieser Altersgrenze gegeben sind.

Außerdem habe ich die auf der folgenden Seite aufgeführten Erklärungen abgegeben zu

- meiner Straffreiheit/Vorbestrafung
- meinen wirtschaftlichen Verhältnissen
- meiner Staatsangehörigkeit
- meiner jetzigen alleinigen Bewerbung.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

## Erklärungen

1. Ich erkläre, dass

- ich nicht vorbestraft bin.
- ich vorbestraft bin (nähere Angaben enthält die betreffende Anlage).
- gegen mich ein gerichtliches Strafverfahren bzw. ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen eines Vergehens oder Verbrechens anhängig ist.

Ich bin darüber belehrt worden, dass ich nach § 51 Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229) in der jeweils gültigen Fassung berechtigt bin, mich, soweit nicht eine andere, noch nicht getilgte Verurteilung oder eine gerichtliche Anordnung entgegensteht, als unbestraft zu bezeichnen, wenn der Vermerk über eine Verurteilung oder Bestrafung

1. im Bundeszentralregister (bisher Strafregister) zu tilgen ist oder bereits getilgt worden ist, bzw.
2. nicht in das Führungszeugnis aufzunehmen ist.

Das gilt auch für Strafen, die zwar im Gnadenwege erlassen, aber im Register nicht getilgt sind.

2. Ich habe am \_\_\_\_\_ gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz bei der für meinen Wohnsitz in \_\_\_\_\_ zuständigen Meldebehörde die Ausstellung eines erweiterten Führungszeugnisses und dessen Weiterleitung an die Zulassungsbehörde beantragt.

3. Ich erkläre, dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe.

4. Ich versichere, dass

- ich Deutsche/r im Sinne des Artikel 116 Grundgesetz bin

Bewerber/Innen, die im Ausland geboren sind oder die die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich erworben haben, müssen den großen Staatsangehörigkeitsnachweis erbringen. Das gleiche gilt für diejenigen, die vor 1945 außerhalb der ehemaligen Reichsgrenzen von 1937 geboren sind.

- Großer Staatsangehörigkeitsnachweis liegt bei.

Ich versichere, dass

- ich Ausländer/in bin und folgende Staatsangehörigkeit besitze

5. Ich habe mich zu diesem Einstellungstermin bei keiner anderen Behörde in Nordrhein-Westfalen um die Zulassung in einen entsprechenden Ausbildungsgang beworben

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

